



STP 1. / 05a / 1. STR / STR Dörflinger / STR Kubiak / 20 / 50 / 10.1

An die
Stadtpräsidentin
Frau Anna-Katharina Schättiger
Großflecken 59
24534 Neumünster

0376/2013/An

Esther Hartmann

E-Mail:

estherhartmann@kabelmail.de

Telefon 01629422677

03.07.2017

E. 3.7.17

04.07.17
ab 4.7.17

Sozialer Wohnungsbau in Neumünster

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 18.07.2017.

Mit freundlichen Grüßen


Esther Hartmann und Fraktion

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung vertreten durch den Oberbürgermeisters als Gesellschafter der WOBAU wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WOBAU) Anstrengungen zu unternehmen, dem Bedarf angepasst ausreichend Sozialwohnungen in Neumünster zur Verfügung zu stellen.

In einem ersten Schritt wird die Verwaltung beauftragt zeitnah den jetzigen Bestand an Sozialwohnungen, möglichst für die einzelnen Stadtteile gesondert zu dokumentieren. Soweit erforderlich sollen privatwirtschaftliche Vermieter und nichtstädtische Wohnungsbaugesellschaften in die Bestandsaufnahme einbezogen werden. Es ist eine Bedarfsanalyse unter der Berücksichtigung des spekulativen Leerstandes zu erstellen.

Dabei ist vorrangig zu prüfen ob aus dem Wohnungsbestand heraus das Angebot für die unten genannten Personenkreise ausreichend erhöht werden kann. Ansonsten ist von der Verwaltung darauf hinzuwirken, dass entsprechende Wohnungen gebaut werden. Es sollen dabei alle Möglichkeiten der Förderung durch Bund und Land ausgeschöpft werden. Bei den

Planungsüberlegungen für Wohnungen sollen folgende Vorgaben berücksichtigt werden:

- barrierefrei und altersgerecht
- für Familien mit mehreren Kindern
- für junge Menschen die alleine wohnen
- für Menschen mit einem nicht so optimalen Lebenslauf
- für Menschen mit negativer Schufaauskunft
- für Menschen die durch Transferleistungen von der KdU abhängig sind

Begründung:

Aufgrund des Zeitungsartikels im Holsteinischen Courier sowie durch Gespräche mit Bürgerinnen/Bürgern, zeigte sich wieder einmal wie zwingend Handlungsbedarf erforderlich ist.